

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 18.06.2007
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 12. Juni 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:07 Uhr - 19:42 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.04.2007 - öffentlicher Teil -**
309/2007
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Schriftliche Mitteilung des Bürgermeisters zur Anpassung des Produktgruppenplans**
319/2007
- 5. 3. Frauenförderplan 2007-2009 einschließlich Bericht zum Frauenförderplan 2004-2006**
261/2007
- 6. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Bergisch Gladbach**

- 315/2007
7. **Masterplan "Grün", Version 2**
325/2007
 8. **Projektgruppe Stadt :gestalten - Regionale 2010**
327/2007
 9. **Ehemaliges Wachendorff-Gelände
- Festlegung als Stadtumbaugebiet**
323/2007
 10. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**
290/2007
 - 11.1 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW**
147/2007
 - 11.2 **Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 67. Sitzung der Arbeitsgemein-
schaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln
am 18.06.2007 in Bad Honnef**
142/2007
 - 11.3 **Antrag auf Dienstreisegenehmigung**
322/2007
 - 11.4 **Genehmigung einer Dienstreise nach Essen**
336/2007
 12. **Entsendung von städtischen Vertretern in den Verein "Immobilien- und Stand-
ortgemeinschaft Hauptstraße e.V."**
208/2007
 13. **Anträge der Fraktionen**
 14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nicht öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.04.2007 - nicht öffentlicher Teil -**
310/2007

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Änderung des Gesellschaftervertrages der gRheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH**
(Ersetzt durch Drucksache 551/2006)
187/2006

5. **Personalangelegenheiten - Beförderung von Beamten**
314/2007

6. **Anträge der Fraktionen**

7. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 15. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Kremer (CDU) und Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Frau Bendig (CDU) und Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Herr Orth benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 30.05.2007 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Tagesordnung, übersandt mit Schreiben vom 01.06.2007.

2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 17.04.2007 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.04.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1 Schriftliche Mitteilung des Bürgermeisters zur Anpassung des Produktgruppenplans

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

5. **3. Frauenförderplan 2007-2009 einschließlich Bericht zum Frauenförderplan 2004-2006**

@-> Frau Fahner erläutert, dass der Frauenförderplan im Wesentlichen zwei Ziele verfolge: Ein Ziel sei der Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen insbesondere in den Leitungsbereichen, ein zweites Ziel sei die weitere Verbesserung der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Frauenförderplan sei auf messbare Ziele umgestellt worden. Die „Rahmenbedingungen“ des alten Frauenförderplans seien, soweit möglich und sinnvoll, in Ziele umformuliert worden. Zudem habe man sich entschieden, die beabsichtigten Ziele nicht in absoluten Zahlen darzustellen, da sich dies nicht bewährt habe. In den Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sollten ab jetzt alle zu besetzenden Stellen mindestens im Verhältnis 2:1 mit Frauen besetzt werden.

Herr Dr. Kassner kritisiert, dass die Vorlage keine Angaben zu finanziellen Auswirkungen des Beschlusses enthalte. Das Gleiche gelte für den folgenden TOP A 6 (Brandschutzbedarfsplan). Die Angabe der finanziellen Auswirkungen sei nach der Geschäftsordnung verpflichtend.

Herr Orth entgegnet, dass es nicht zwingend erforderlich sei, die finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen immer bis ins letzte Detail darzustellen. Die finanziellen Auswirkungen seien jedoch vom Haushaltplan umfasst und insofern auch beraten worden.

Herr Dr. Kassner widerspricht Herrn Orth und führt aus, dass auch dargestellt werden solle, welche Auswirkungen sich für die folgenden Haushaltsjahre ergeben.

<-@

@-> Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zum Frauenförderplan 2004-2006 zur Kenntnis und **empfiehlt** dem Rat einstimmig, den 3. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach zu beschließen.

<-@

6. **Brandschutzbedarfsplan der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Herr Waldschmidt erläutert, dass der genannte Zielerreichungsgrad von 80% ein Minimalziel sei. Der derzeitige Zielerreichungsgrad (42%) sei völlig unzureichend. Ein großes Problem stelle die Erreichbarkeit von Refrath dar. Dies könne durch eine Verlegung des Standortes der Feuerwache Süd in die Nähe der Autobahn gelöst werden. Die finanziellen Mittel, die zur Erreichung der Ziele des Brandschutzbedarfsplans nötig seien, müssten geleistet werden, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Zur Kostensenkung müssten die internen Abläufe der Feuerwehr untersucht und optimiert werden; zudem müssten stärkere Anreize für Bürgerinnen und Bürger gegeben werden, sich in der Freiwilligen Feuerwehr zu engagieren. Bei der Besetzung von Stellen sollten Bewerberinnen und Bewerber der Freiwilligen Feuerwehr verstärkt berücksichtigt werden. Die SPD-Fraktion begrüße ausdrücklich die Vorschläge, die die Freiwillige Feuerwehr zur Kostenminimierung unterbreitet habe.

Herr Albrecht führt aus, dass der Feuerwehr zu wenig Personal, unzweckmäßige Gebäude sowie nur veraltete Geräte und Fahrzeuge zur Verfügung stünden. Der Zielerreichungsgrad sei mit 42% derzeit ebenfalls zu niedrig. Die CDU-Fraktion begrüße daher, dass der Brandschutzbedarfsplan nun vorliege und beschlossen werden könne.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass bei der Standortsuche für die neue Feuerwache Süd viel Gespür notwendig sei. Eine Feuerwache verursache natürlich Belastungen für die umliegenden Wohnbereiche, insbesondere durch Lärm (Sirenen, Fahrzeuge etc.).

Herr Lang kritisiert, dass die CDU- und die SPD-Fraktion es nun zwar begrüßen, dass endlich ein neuer Brandschutzbedarfsplan beschlossen werden könne, gleichzeitig jedoch maßgeblich dafür verantwortlich seien, dass es damit so lange gedauert habe. Zudem hätten sich die Vorredner ihre langen Redebeiträge sparen können, da sie dem Brandschutzbedarfsplan schließlich zustimmen wollen. Dadurch werde Zeit verschwendet.

Herr Schütz erläutert, dass der derzeitige Zustand der Feuerwehr mangelhaft und der Brandschutzbedarfsplan das absolute Minimalziel sei. Insbesondere der Personaletat sei zu niedrig angesetzt.

Die von Herrn Bettenbrock entwickelten innovativen Ansätze im Brandschutzbedarfsplan seien besonders lobenswert.

Herr Orth dankt der Freiwilligen Feuerwehr und den hauptamtlichen Kräften für die engagierte Mitwirkung am Brandschutzbedarfsplan. Die Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach sei eine der am besten ausgestatteten Feuerwehren in NRW und eine äußerst leistungsfähige Organisationseinheit der Stadtverwaltung.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

1. Der Rat stimmt dem Brandschutzbedarfsplan zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dem Brandschutzbedarfsplan entsprechende Finanzplanung vorzunehmen.
3. Es wird ein zukünftiger Erreichungsgrad von mindestens 80 % angestrebt.
4. Die sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergebenden personellen Auswirkungen sind umzusetzen (Einstellung von 12 Brandmeisteranwärtern/-anwärterinnen).
5. Die sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergebenden Fahrzeugbeschaffungen sind in den Folgejahren umzusetzen.
6. Für die sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergebenden baulichen Maßnahmen sind Planungen vorzulegen, und zwar:
 - a) im Jahre 2008 die Bauplanung für das mit der Rettungswache West kombinierte Feuerwehrgerätehaus Refrath
 - b) im Jahre 2009 die Untersuchung eines alternativen Standortes für die Feuerwache Süd.
7. Der Brandschutzbedarfsplan ist bei Bedarf - spätestens im Jahre 2012 - fortzuschreiben.

<-@

7. Masterplan "Grün", Version 2

@-> Herr Ziffus erläutert, dass der Masterplan Fehler in der Stadtplanung der letzten Jahre verdeutliche. Dies gelte z.B. für die Bereiche Gewässer, Kulturlandschaft, Natur- und Landschaftspflege sowie Siedlungs- und Verkehrsplanung. Aus dem vorliegenden Gutachten müssten Konsequenzen gezogen werden. Die Ziele müssten klar formuliert und auch vertreten werden - insbesondere gegenüber Investoren. Die Stadt müsse ihre Souveränität über die Stadtentwicklung wiedergewinnen.

Herr Lang erläutert, der Beschlussvorschlag, dass der Hauptausschuss den Masterplan grün, Version 2, zustimmend zur Kenntnis nehme, sei falsch formuliert. Die Formulierungen „zur Kenntnis nehmen“ und „zustimmen“ würden einander ausschließen. Zudem sei der zweite Satz des Beschlussvorschlags überflüssig. Entscheidungen der Ausschüsse bzw. des Rates habe die Stadtverwaltung immer auszuführen. Der Beschlussvorschlag solle entsprechend geändert werden. Herr Lang fragt, ob es in Bezug auf den heutigen Zeitungsbericht zum Buchmühlengelände zutreffend sei, dass die Verwaltung einen Beschluss des Rates nicht ausgeführt habe.

Herr Schmickler antwortet, dass für das angeblich verhinderte Projekt zu keinem Zeitpunkt Baurecht bestanden habe. Der beschlossene Bebauungsplan hätte zur Durchführung des Projektes einer grundlegenden Änderung bedurft. Hier werde ersichtlich, dass der Zeitungsbericht einen entscheidenden Aspekt verschweige.

Der Masterplan beziehe sich nicht nur auf Bergisch Gladbach, sondern auf die gesamte Region und solle Grundlage für kooperatives regionales Handeln sein. Es sei daher notwendig, das Gesamtkonzept der Kooperation zur Kenntnis zu nehmen und zu unterstützen, also zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Die Regionale habe den Wunsch geäußert, dass die Stadt Bergisch Gladbach diese zustimmende Kenntnisnahme im Interesse der regionalen Kooperation aussprechen soll. Der zweite Satz des Beschlussvorschlags sei nicht überflüssig, da die Verwaltung den Auftrag erhalten solle, die Inhalte des Masterplans generell bei städtischen Planungen zu beachten.

Herr Albrecht unterstützt die Aussagen von Herrn Schmickler.

Herr Dr. Kassner schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern: „Der Hauptausschuss nimmt den Masterplan grün, Version 2, zur Kenntnis und stimmt seinen Zielen zu. Er beauftragt die Verwaltung, die Inhalte des Masterplans bei städtischen Planungen im Rahmen des Abwägungsvorgangs zu beachten.“ So könne auch Herr Lang dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Lang beantragt, den Beschlussvorschlag so zu ändern, wie Herr Dr. Kassner es vorgeschlagen hat.

Dieser Antrag wird einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden modifizierten **Beschluss**:

<-@
@-> Der Hauptausschuss nimmt den Masterplan grün, Version 2, zur Kenntnis und stimmt seinen Zielen zu. Er beauftragt die Verwaltung, die Inhalte des Masterplans bei städtischen Planungen im Rahmen des Abwägungsvorgangs zu beachten.

<-@

8. Projektgruppe stadt :gestalten - Regionale 2010

Es folgt eine Powerpoint-Präsentation von Herrn Krause (FB 6-611) mit einleitenden Worten von Frau Müller-Veit. Die dabei verwendeten Präsentationsfolien sind der Vorlage 327/2007 als Anlage beigefügt. Außerdem wird den Ausschussmitgliedern eine Übersicht mit dem Titel „Regionale 2010 Region Köln-Bonn, Regionales Strukturprogramm Region Köln-Bonn, Stadt – Land – Rhein“ ausgehändigt. Die Übersicht ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Albrecht dankt der Projektgruppe Regionale 2010 - stadt: gestalten für die Erarbeitung der heute präsentierten Projektplanung.

Herr Ziffus, Herr Schütz und Frau Schmidt-Bolzmann schließen sich diesem Lob an. Herr Ziffus erläutert, dass er jedoch einige Änderungswünsche habe und wiederholt u.a. seine Forderung nach einer durchgehenden Öffnung der Strunde. Dies müsse in den entsprechenden Handlungsräumen und Bausteinen berücksichtigt werden.

Auf Fragen von Frau Schmidt-Bolzmann, Herrn Dr. Kassner und Frau Beisenherz-Galas erläutert Frau Müller-Veit, dass die präsentierten Skizzen keine endgültigen und bis ins Detail präzisierten Darstellungen geplanter Maßnahmen seien. Es handele sich dabei vielmehr um jeweils eine von vielen denkbaren Möglichkeiten, zu der Alternativen bestünden. Der noch durchzuführende Wettbewerb könne völlig andere Ergebnisse liefern. Die vielen Bausteine des Projektes würden noch thematisch zusammengefasst, um sie besser abarbeiten zu können. Eine stärkere Einbindung sozialer Aspekte werde noch vorgenommen; das Projekt spreche alle Fachbereiche der Verwaltung an und diese würden in die Bearbeitung der einzelnen Bausteine einbezogen. Es bestehe keine Konkurrenz zwischen den Projekten Masterplan grün und Regionale 2010 - Stadt: gestalten. Es gebe vielfältige Verknüpfungen zwischen beiden Projekten.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Ehemaliges Wachendorff-Gelände - Festlegung als Stadtumbaugebiet

@-> Herr Lang fragt, ob es in dem Gebiet eine Ausgleichsfläche gebe, die man für andere Gebiete verwenden könnte.

Herr Schmickler antwortet, dass die dafür in Frage kommenden Grünstrukturen in diesem Gebiet bereits heute Naturschutzgebiet seien. Eventuell bestünde im südlichen Bereich des Geländes noch Aufwertungspotential. Er hoffe, dass man den durch den beabsichtigten Wegebau entlang der Strunde verursachten Eingriff im Gebiet selbst kompensieren könne. Weitere Bebauung sei nur in den Bereichen vorgesehen, in denen bereits heute Bebauung und damit versiegelte Flächen vorhanden seien.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@
@-> Der Rat legt das Gebiet des ehemaligen Wachendorff-Geländes in der als Anlage beigefügten Umgrenzung gemäß § 171 b Baugesetzbuch als Stadtumbaugebiet fest.

<-@
10. Bericht aus dem Integrationsbeirat

@-> Herr Zalfen fragt, zu welchem Thema das im vorletzten Abschnitt der Vorlage vorgeschlagene Hearing stattfinden solle. Es sei nicht eindeutig ersichtlich, ob dabei ausschließlich das Thema „Gleichberechtigung von Frau und Mann“ oder ob auch das genannte Problem „möglicherweise bestehende undemokratische Strukturen und Verhaltensweisen in der Türkei“ behandelt werden soll. Außerdem möchte er wissen, zu welchem Zeitpunkt und für welchen Teilnehmerkreis das Hearing geplant sei.

Herr Orth antwortet, dass er die Fragen an den Vorsitzenden des Integrationsbeirates mit der Bitte um Beantwortung weiterleiten werde.

Herr Dr. Kassner erläutert Ideen der CDU-Fraktion zu einem Integrationskonzept für die Stadt Bergisch Gladbach. Integration habe das Ziel, unterschiedliche Menschen - Deutsche und Zuwanderer - und deren Lebensweise auf Dauer zu einem gemeinsamen Ganzen, gegebenenfalls sogar zu einer neuen Gemeinschaft, zusammenzufügen. Das Zusammenleben der deutschen und ausländischen Bevölkerung solle auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes sowie der gegenseitigen Achtung und Toleranz verwirklicht werden. Die Integration sei ein langfristiger und nachhaltiger Prozess für Menschen, die sich auf Dauer rechtmäßig in Deutschland aufhalten und hier am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen. Sie setze den Willen der Ausländerinnen und Ausländer und die Offenheit der deutschen Bevölkerung voraus. Migranten müssten sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen in Deutschland auseinandersetzen und insbesondere die deutsche Sprache lernen. Vor dem Hintergrund dieser Forderungen und Ziele der Integration weise der vorliegende Bericht Lücken auf. Die CDU-Fraktion mache folgende Anregungen: Zunächst sei festzuhalten, dass Integration andere Ziele habe als Völkerverständigung. Es gehe um zugewanderte Menschen, die in Deutschland langfristig wohnen wollen und nicht um ausländische Gruppen, die zu Besuch nach Deutschland kommen und danach in ihre Heimat zurückkehren wollen. Darauf müsse sich die Arbeit des Integrationsbeirates fokussieren. Es sei also weniger Ziel, die Kultur der Betroffenen zu kennen und dauerhaft zu pflegen, sondern deren Vereinbarkeit mit den deutschen Verhältnissen anzustreben. Dazu seien der CDU-Fraktion einige Fragen eingefallen:

„Werden die Mitglieder des Integrationsbeirates in der Planung zur Verwirklichung der o.g. Ziele einbezogen?“

Es sei zwar sinnvoll, dass die Sitzungen des Beirates in den Räumen der verschiedenen Vereine stattfinden. Aber dass z.B. Hausaufgabenhilfe in deren eigenen Räumen stattfindet und die Kinder nicht in ihren Schulen die Angebote annehmen, sei verwunderlich und ein Problem. Denn gerade die Integration von Kindern sei ein wichtiges Ziel.

„Will der Integrationsbeirat diese und andere Fragen der Integration diskutieren?“

„Gibt es valide Zahlen über den Sprachstand der ausländischen Kinder in Bergisch Gladbach?“

„Werden aus diesen Zahlen Konsequenzen gezogen?“

„Wird mit ihren Eltern diskutiert, wie, wo und von wem Unterricht in der deutschen Sprache für Kinder, aber auch für Mütter durchgeführt wird?“

„Findet eine Kooperation mit der Regionalen Arbeitsstätte zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) statt?“

„Wie hoch ist der Anteil der Zuwanderer unter den Abiturienten, gemessen am Bevölkerungsanteil?“

„Wie viele ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Stadtverwaltung von Bergisch Gladbach beschäftigt?“

„Gibt es besondere Probleme älter werdender Migranten (dies könnte auch im Seniorenbeirat diskutiert werden)?“

Diese Fragen sollten an den Integrationsbeirat weitergeleitet werden, damit dieser - wie auch der Hauptausschuss - darüber diskutieren und Antworten auf die Fragen finden könne. Herr Dr. Kassner fragt, wer den Bericht aus dem Integrationsbeirat verfasse.

Herr Orth schlägt Herrn Dr. Kassner vor, an der nächsten Sitzung des Integrationsbeirates teilzunehmen und die Fragen dort zu wiederholen. Die Fragen würden weitergeleitet. Der Bericht werde durch die Geschäftsführung des Integrationsbeirates verfasst.

Herr Ziffus berichtet von seiner Teilnahme an der letzten Sitzung des Integrationsbeirates. Es sei deutlich geworden, dass der Beirat das Gefühl habe, wenig Interesse zu finden und keinen Einfluss auf Ratsentscheidungen zu haben. Man solle den Beirat stärken, indem Mitglieder des Hauptausschusses und Fraktionsvorsitzende an den Sitzungen des Beirates regelmäßig teilnehmen.

Es sollte außerdem eine gemeinsame Sitzung von Hauptausschuss und Integrationsbeirat zum Themenfeld Integration stattfinden.

Frau Koshofer unterstützt die Forderung nach einer gemeinsamen Sitzung.

Herr Schütz erläutert, dass er die Mitteilungsvorlage als einen „versteckten Hilferuf“ interpretiere. Der Hauptausschuss müsse sich intensiv mit dem Integrationsbeirat befassen.

Herr Orth bittet die Ratsfraktionen um Initiative und Vorschläge zur Lösung der Probleme.

Der Hauptausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

<-@
11.1 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW

@-> Herr Orth berichtet, dass in Marijampole Wahlen stattgefunden haben. Zum neuen Bürgermeister sei Herr Rolandas Jonikaitis (Partei Freie Demokraten), zum stellver-

tretenden Bürgermeister sei der bisherige Bürgermeister Herr Vidmantas Brazys gewählt worden.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP und einer Enthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Die Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW vom 07.05.2007 über die Dienstreise der Ratsmitglieder Frau Renate Schmidt-Bolzmann, Herrn Klaus-Peter Freese und Herrn Günter Ziffus in die Partnerstadt Marijampole in der Zeit vom 24. bis 27.05.2007 wird genehmigt.

<-@

11.2 Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 67. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln am 18.06.2007 in Bad Honnef

@-> Herr Lang erläutert, dass Herr Brenneiser und er selbst ebenfalls an der Sitzung teilnehmen wollen. Die Dienstreisegenehmigung solle daher auch für Herrn Brenneiser und ihn selbst erteilt werden.

Herr Orth berichtet, dass die Dienstreisegenehmigung auch für Frau Beisenherz-Galas erteilt werden solle, die ebenfalls an der Sitzung teilnimmt. Frau Schneider habe mitgeteilt, dass Sie an der Veranstaltung nicht teilnehmen könne. Sie solle daher aus der Vorlage gestrichen werden.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden modifizierten **Beschluss:**

Die Dienstreise der Ratsmitglieder Renate Beisenherz-Galas, Herbert Brenneiser, Dr. Reimer Fischer, Angelika Graner, Ingrid Koshofer, Heinrich Lang, Elke Lehnert, André Schier, Günter Schneeloch, Brigitte Schöttler-Fuchs, Fabian Schütz, Josef Willnecker und des sachkundigen Bürgers Marcus Graner zur 67. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 18.06.2007 in Bad Honnef wird genehmigt.

<-@

11.3 Antrag auf Dienstreisegenehmigung

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Die Dienstreisegenehmigung für die Mitglieder des ABKSS für den 29.08.07 wird erteilt.

<-@

11.4 Genehmigung einer Dienstreise nach Essen

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Dem Vorsitzenden des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Herrn Peter Hillebrand, wird die Genehmigung zur Durchführung einer Dienstreise am 13.06.2007 nach Essen erteilt.

<-@
12. **Entsendung von städtischen Vertretern in den Verein "Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V."**

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@
@-> Herr Martmann wird in die Mitgliederversammlung der „ISG Hauptstraße e.V.“ entsandt.

Im Falle seiner Abwesenheit nimmt Herr Fritsche (FB 8-23) die Vertretung wahr.

<-@
13. **Anträge der Fraktionen**

@-> Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

<-@
14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> Herr Zalfen: Anfrage zur Lösung der Verkehrsproblematik auf der Reuterstraße

Herr Zalfen berichtet, dass jeden Donnerstagmorgen zwischen 07:30 Uhr und 08:00 Uhr auf der Reuterstraße im Bereich Alte Wipperfürther Straße bis Nicolaus-Cusanus-Gymnasium auf Grund des nahenden Unterrichtsbeginns ein Verkehrschaos vorzufinden sei. Genau zu diesem Zeitpunkt leere auch die Müllabfuhr in diesem Bereich die Mülltonnen der Anlieger. Dies sei sowohl für die Müllarbeiter, als auch für die übrigen Verkehrsteilnehmer problematisch. Er bittet die Verwaltung, zu überprüfen, ob die Müllabfuhr eine halbe bis eine Stunde später erfolgen kann.

Herr Orth und Herr Schmickler antworten, dass der Hinweis berechtigt, eine Verlegung der Müllabfuhrzeiten in diesem Bereich jedoch wahrscheinlich problematisch sei. Die Anfrage werde an den Abfallwirtschaftsbetrieb zur Überprüfung und Beantwortung weitergeleitet.

Herr Ziffus: Anfrage zu einer möglichen Verlegung des Kriegerdenkmals am Schloss Bensberg

Herr Ziffus fragt, ob für das Kriegerdenkmal am Schloss Bensberg und die dort positionierten alten Kanonen ein alternativer Standort gesucht werden könne. Der Standort sei nicht optimal und zudem sei das Straßenpflaster vor dem Schloss äußerst ungepflegt (Graswuchs in den Pflasterfugen). Dieser Platz sei eine „Visitenkarte“ (Hotel- und Restaurantbesucher) für die Stadt und müsse sich gepflegt präsentieren.

Herr Schmickler antwortet, dass die angesprochene Fläche Eigentum der Stadt sei. Man könne die Fugen nur mit chemischen Mitteln von Grasbewuchs frei halten. Diese Methode werde jedoch aus nahe liegenden Gründen nicht mehr angewandt. Eine

Entfernung des Bewuchses sei auch auf Grund fehlenden Personals bzw. fehlender Mittel zur Zeit nicht möglich. Eine Verlegung des Denkmals sei ebenfalls nicht beabsichtigt. Nach seiner Kenntnis habe für die Pflege der Fläche eine Vereinbarung mit dem Schloss Bensberg bestanden.

Herr Ziffus regt an, dies zu überprüfen bzw. eine Vereinbarung über die Pflege der Fläche mit dem Schloss Bensberg zu treffen.

Herr Orth antwortet, dass die Verwaltung sich mit dem Eigentümer des Schlosses in Verbindung setzen werde.

Herr Dr. Kassner regt an, mit dem Eigentümer des Schlosses über einen Verkauf der Fläche zu verhandeln.

Herr Orth erläutert, dass er diesen Vorschlag für nicht sinnvoll erachte, da die Stadt die Fläche bei Bedarf sehr intensiv nutze.

Frau Koshofer weist zusätzlich darauf hin, dass Bewohner verpflichtet seien, die Bürgersteige vor ihren Häusern von Fugenbewuchs frei zu halten. Diese Verpflichtung werde häufig nicht erfüllt.

Herr Nagelschmidt: Sachstandsbericht zur „Infrastruktur GmbH“

Herr Nagelschmidt bittet Herrn Orth um einen Sachstandsbericht zur „Infrastruktur GmbH“.

Herr Mumdey antwortet, dass die Verwaltung eine Arbeitsgruppe gegründet habe. Diese habe bereits getagt und dabei Arbeitsaufträge erstellt, die zur Zeit bearbeitet würden. Wahrscheinlich werde man im Laufe des Sommers zu einer Lösung kommen.

Herr Schütz: Anfrage zur Schädlingsbekämpfung

Herr Schütz berichtet, dass derzeit vor Allem aus Süddeutschland berichtet werde, dass vermehrt Kastanien auf Grund von Miniermottenbefall absterben. Es sei auch ein chinesischer Pilz eingewandert, der Bäume befallt. Er fragt, ob der Stadt diese Gefahren bekannt seien und ob diese bereits Bekämpfungsmaßnahmen plane oder vornehme. Zudem möchte er wissen, ob sich die Stadt mit dem derzeitigen massiven Bienensterben und den davon betroffenen Imkern beschäftige.

Herr Schmickler antwortet, dass ihm derartige Baumschäden in Bergisch Gladbach nicht bekannt seien. Es gebe gegen die genannten Schädlinge auch keinen absolut wirksamen präventiven Schutz. Die Stadt plane keine Maßnahmen gegen ein mögliches Bienensterben. Dies würde in die Zuständigkeit des Kreises fallen.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zu Energieeinsparmaßnahmen/Reduzierung des CO₂-Ausstoßes

Frau Beisenherz-Galas fragt, inwiefern die Stadt Bergisch Gladbach Energieeinsparmaßnahmen - neben der Einführung des neuen Straßenbeleuchtungssystems - plane, wie z.B. Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und ob dazu ein Konzept vorliege.

Herr Schmickler antwortet, dass neben der Einführung eines neuen Straßenbeleuchtungssystems weitere Maßnahmen getroffen worden seien. Bereits an zwei Stellen würden Kraft-Wärme-Kopplungen betrieben: So werde z.B. Gas aus dem Klärwerk zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Seit Jahren werde ein Programm der Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen in Schulen betrieben. Zur Zeit werde auch diskutiert, ob die Stadt ein Gebäude zur Installation einer Solaranlage zur Verfügung stellen kann. Auch im Fahrzeugbestand würden Maßnahmen getroffen. Dazu sei vor einiger Zeit dem Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr ein Bericht der Verwaltung vorgelegt worden.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@